



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.:
08604-07-E1

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dort-
mund

08.05.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.2
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		10.05.2007

Tagesordnungspunkt

Arbeitsmarktpolitik in Dortmund

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund und B90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund bitten um Beratung und Beschlussfassung des folgenden Antrages:

Die Verwaltung wird aufgefordert, unter der Überschrift

„Arbeit für Dortmund“

die Vorbereitungen für einen sozialen Arbeitsmarkt zu treffen.

Ein sozialer Arbeitsmarkt hat zum Ziel, Langzeitarbeitslosen mit dauerhaften Vermittlungshemmnissen der Zielgruppen des SGB II und SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen), die absehbar keine Perspektive auf dem 1. Arbeitsmarkt haben, eine langfristige Arbeit anzubieten. Dazu sollen Modelle für öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen entwickelt werden, die auf die genannten Vermittlungshemmnisse und den besonderen Betreuungsaufwand dieser Menschen Rücksicht nehmen.

Von Anfang an ist jeder Schritt der Vorbereitung mit den Akteuren auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt (Stadt, Bundesagentur für Arbeit, ARGE, Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände) im Konsens vorzunehmen. Dabei ist darauf zu achten, dass die öffentlich geförderte Beschäftigung nur zusätzlich erfolgt und Mitnahmeeffekte vermieden werden. Gegebenenfalls kann die Abstimmung im Rahmen von AMIDO unter der Leitung des Oberbürgermeisters erfolgen.

Die Einsatzbereiche im Sozialen Arbeitsmarkt müssen im öffentlichen Interesse liegen, also weder von der Wirtschaft noch von der Kommune finanziert werden (sogenannte marktferne Tätigkeiten). Zu denken ist an stadtteilbezogene Beschäftigungsprojekte, Quartiersmanagement, Verbesserung der ökologischen und sozialen Infrastruktur. Weitere Vorschläge aus der Bürgerschaft sind erwünscht.

Die Arbeit ist unbefristet, die Bezahlung ist kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig sowie existenzsichernd und hat sich an der bisher diskutierten Höhe eines Mindestlohns von 7,50 € zu orientieren.

Die Förderung ist auf Dauer angelegt, Übergänge in Fortbildung, Qualifizierung sowie Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt sind zu ermöglichen.

Der Rat der Stadt appelliert an den Gesetzgeber, notwendige gesetzliche Änderungen zur Errichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes vorzunehmen (z.B. Aktivierung passiver Leistungen in Lohn für Arbeit, Integration von Transferleistungen des SGB IX zur Beteiligung der zugehörigen Zielgruppe am sozialen Arbeitsmarkt, Umwidmung von Leistungen - etwa eingesparte Arbeitslosengelder - in aktive Eingliederungsleistungen, Verlängerung der beruflich-sozialen Eingliederung über die bislang geltenden Förderfristen hinaus bis hin zu einer dauerhaften finanziellen Unterstützung).

Begründung

Mehrere tausend geringfügig oder nicht qualifizierte Frauen und Männer in Dortmund gelten zurzeit als schwervermittelbare Langzeitarbeitslose. Bundesweit wird die Gruppe der Betroffenen auf ca. eine halbe Million Menschen geschätzt. Offene Stellen gibt es für sie so gut wie nicht.

Auch die momentane konjunkturelle Entwicklung und Erholung des Arbeitsmarktes geht an dieser Personengruppe bisher weitestgehend vorbei.

Nach wie vor ist es das Ziel der kommunalen Arbeitsmarktpolitik, so viele Arbeitslose wie möglich in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Allerdings gibt es Langzeitarbeitslose mit vielfältigen dauerhaften Vermittlungshemmnissen, die unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung ohne spezielle Unterstützung keine realistischen Chancen auf eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben. Zu diesen Vermittlungshemmnissen gehören folgende Merkmale:

- die Personen sind seit mindestens einem Jahr arbeitslos,
- die Personen sind ohne Ausbildung,
- alle bisherigen Versuche der Arbeitsmarktintegration waren nicht erfolgreich
- die Personen weisen geringe soziale Kompetenz und gravierende gesundheitliche Einschränkungen auf.

Die Beschäftigung von Menschen mit den genannten Vermittlungshemmnissen bedarf bei den Arbeitgebern eines erhöhten Aufwands an Organisation und Betreuung durch Vorgesetzte. Ihre Beschäftigung führt aus betriebswirtschaftlicher Perspektive zu einem Kosten-

nachteil im Vergleich zur Einstellung eines unbeschränkt leistungsfähigen Arbeitnehmers.

Auf diese Tatsache muss die Stadt Dortmund durch Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes reagieren.

Das Modell soll eine Stärkung des sozialpolitischen Auftrages und der gesamtwirtschaftlichen Ziele der Arbeitsförderung erreichen. Für über 80% der Kunden der ARGE hat sich bzw. wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtern. Der sozialpolitische Auftrag ist umso wichtiger, da in Dortmund 61% der Arbeitslosen der ARGE bereits länger als 1 Jahr ununterbrochen arbeitslos sind. 35,7% der Arbeitslosen sind bereits länger als 2 Jahre ununterbrochen arbeitslos gemeldet und 24% der Arbeitslosen in der ARGE sind älter als 50 Jahre. Die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie berufliche Weiterbildung, Eingliederungszuschüsse, Einstiegsgelder, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bedürfen der Ergänzung.

Eine Beschäftigung auf einem sozialen Arbeitsmarkt sollte immer zielgerichtet auf einen Wechsel in den 1. Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Einsatzbereiche sollten Dienstleistungen im öffentlichen Interesse, die weder von der Wirtschaft noch von den Kommunen finanziert werden, sein oder Integrationsfirmen, die sich am Markt beteiligen. Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte nur „zusätzlich“ erfolgen und mit Qualifizierungsmaßnahmen vernetzt werden, denn für einen Großteil der Zielgruppen eines sozialen Arbeitsmarktes besteht ein hoher Qualifizierungsbedarf.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird gebeten, die Projekte zu begleiten und zu evaluieren.

Mit freundlichen Grüßen
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
gez. Ernst Prüsse

B90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund
gez. Mario Krüger

F.d.R. Dr. Andreas Paust

F.d.R. Petra Kesper